

19. Wahlperiode

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – Drucksache 19/1954

Erhalt der Stadtteilmütter

Das Abgeordnetenhaus wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

Keine Ent-Professionalisierung der Sozialen Arbeit, keine Förderung von parallelgesellschaftlichen Strukturen – das Ehrenamt stärken und Klassenfahrten ermöglichen!

1. Der Berliner Senat wird aufgefordert, die Finanzierung der Tätigkeit der „Stadtteilmütter“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt einzustellen. Eine Fortführung des Programms auf ehrenamtlicher Basis ist möglich.
2. Die eingesparten Mittel sollen der professionellen Sozialarbeit und Maßnahmen aus dem Haushaltsplan 10, die von Kürzungen betroffen oder bedroht sind, zugutekommen, z. B. der Förderung von Klassenfahrten.

Begründung:

Zu 1: Integration ist eine Bringschuld. Das Landesprogramm Stadtteilmütter konterkariert diesen Gedanken. Das Programm trägt nicht zum aktiven Streben nach Integration bei, sondern befördert vielmehr Parallelgesellschaften. Anstatt Migranten und ihre Familien zu ermutigen, die deutsche Sprache zu erlernen und sich aktiv in unsere Gesellschaft zu integrieren, verfestigt das Programm Abhängigkeiten und die mangelnde Bereitschaft zur Integration.

Zu 2: Das Programm Stadtteilmütter untergräbt die Sozialarbeit durch vollausgebildete Helfer und trägt zu einer Ent-Professionalisierung der Sozialen Arbeit bei. Soziale Arbeit sollte aus einer Hand erfolgen – mit für alle geltenden Qualitätskriterien und in interkultureller Orientierung.

Berlin, den 16. Oktober 2024

Dr. Brinker Gläser Tabor
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion